

FRAKTIONSBSCHLUSS VOM 31.05.2016

» DIVESTMENT IN DEUTSCHLAND

Ausstieg aus fossilen Ressourcen auch im Finanzsektor



Milliardenbeträge sind derzeit auf den Finanzmärkten in Unternehmen investiert, deren Geschäftsmodell im Wesentlichen auf der Ausbeutung und der Nutzung fossiler Ressourcen beruht. Ein wichtiger Ansatz zur Lösung der Klimakrise liegt daher auch im Finanzsektor. Denn wenn es uns gelingt, die Milliardeninvestitionen aus klimaschädlichen Unternehmen abzuziehen und stattdessen in klimafreundliche Wirtschaftsbereiche zu investieren, ist dies ein zentraler Schlüssel zur Lösung der Klimakrise. Diesen Ansatz verfolgt die weltweite Divestment-Bewegung, die sich derzeit mit einer ziemlichen Geschwindigkeit entfaltet, und die politische Unterstützung braucht.

Wie stark eine solche Bewegung sein kann, zeigt das Beispiel von Südafrika in den 80er Jahren. Unter dem Begriff „Divestment“ riefen damals zunächst Studierende in den USA zum Boykott von Unternehmen aus Südafrika auf, um gegen das dortige Apartheidssystem zu protestieren. Der Erfolg: 1986 kulminierte diese Divestment-Bewegung sogar in einem US-amerikanischen Bundesgesetz.

Gerade nach der erfolgreichen Klimakonferenz von Paris ist klarer denn je, dass die fossile Wirtschaft langfristig keine Chance mehr hat. Während sich weltweit eine Bewegung formiert, um Geld aus der klimaschädlichen Wirtschaft abzuziehen, subventioniert die Große Koalition noch alte Kohlekraftwerke in Milliardenhöhe. **Es ist an der Zeit, dass die Bundesregierung aufwacht. Sie muss die politischen Rahmenbedingungen für Divestment verbessern und die öffentlichen Geldanlagen aus den fossilen Energien abziehen.**

DIVESTMENT UND BÜRGERENERGIE – ZWEI SEITEN DERSELBEN MEDAILLE

Die Grüne Bundestagsfraktion unterstützt konsequentes Divestment auf allen Ebenen. Es ist für uns eine logische Ergänzung der erfolgreichen „Bürgerenergiebewegung“. Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger dabei unterstützen, auch im Bereich der Finanzwirtschaft ihren Beitrag für den Klimaschutz zu leisten. Das Potenzial ist enorm. So hat das Erneuerbare-Energien-Gesetz die Grundlage dafür geschaffen, dass heute über eine Million Menschen allein in Deutschland in den dezentralen Ausbau von Ökostrom investiert haben. Damit sind die Bürger*innen der Treiber für die erfolgreiche Energiebewegung. Und das Divestment durch Menschen, Kommunen, Kirchen oder Universitäten bringt frischen Wind auch in die verkrusteten Strukturen der Finanzwelt.

Bereits heute arbeiten Grüne in vielen Städten und Gemeinden mit der Klima- und Divestment-Bewegung zusammen. Wir sind für das Aufrütteln und den Druck dankbar und werden Divestment „von unten“ und vor Ort mit unterstützen. Als erste Stadt Deutschlands hat Münster verbindlich beschlossen, fossile Anlagen abzustoßen. Aber auch in Berlin gibt es auf Grüne Initiative hin bereits erste Beschlüsse.

DIE BOTSCHAFT VON PARIS IST EINDEUTIG: RAUS AUS DEN FOSSILEN ENERGIEN

Auf dem Weltklimagipfel von Paris im Dezember 2015 ist es gelungen, eine Begrenzung der Erderwärmung auf deutlich unter 2 Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau völkerrechtlich verbindlich festzuschreiben. Sogar das ambitioniertere 1,5-Grad-Limit wurde im Vertragstext ausdrücklich als Ziel benannt, um die Klimakrise abzuwenden. Auch wenn die konkrete Umsetzung erst jetzt langsam losgeht, ist der Beschluss eine radikale Zäsur: Es darf höchstens noch ein Drittel aller bekannten fossilen Brennstoffvorräte verbrannt werden. Damit stehen die Interessen jener Konzerne und deren Anteilseigner*innen dem Klimaschutz diametral gegenüber, die bereits die Förderung fossiler Brennstoffe mit ca. 2.800 Gigatonnen CO₂ eingeplant haben. Ein rechtzeitiges

Umsteuern der Investitionen hat daher einen zweifachen Nutzen: Die fossilen Energieträger bleiben im Boden und Investitionsströme fließen in zukunftsträchtige Technologien. Vorräte an Kohle, Öl und Gas, die nicht verbrannt werden können, sind für die Energieunternehmen finanziell wertlos und werden zu sogenannten *stranded assets* – verlorenen Wertanlagen.

EINE KRISE DES FINANZMARKTES ABWENDEN

Die Klimakrise kann sich gleich dreifach negativ auf die Finanzmärkte auswirken: Erstens durch die direkten wirtschaftlichen Schäden durch Stürme, Dürren etc. Zweitens über die potenziellen Haftungsrisiken für die Verursacher der Klimakrise. Und drittens über die voraussichtlichen Wertverluste von Unternehmen im fossilen Sektor. Dies wurde zuletzt von einer Studie des Europäischen Ausschusses für Systemrisiken der Europäischen Zentralbank verdeutlicht. In der Vergangenheit versprochen Investitionen in fossile Energien noch gute Renditen, doch angesichts der fortschreitenden Klimakrise werden solche Geschäfte immer weniger attraktiv und Investments immer riskanter. Für manche Akteure am Finanzmarkt kann die Überbewertung der fossilen Reserven, die mit Carbon Bubble bezeichnet wird, gravierende Folgen haben. Auch wenn dieses Risiko eher auf Teilbereiche und Sektoren beschränkt bleiben wird, besteht dringender Handlungsbedarf, damit es keine abrupten Strukturbrüche gibt, sondern der Übergang in eine kohlenstoffarme Wirtschaft aktiv gestaltet werden kann.

MIT TRANSPARENZ GEGEN SCHMUTZIGE GELDANLAGEN

Kleine und große, private und öffentliche Investoren – darunter viele Städte und Gemeinden – sind über Kapitalanlagen am fossilen Energiesektor beteiligt. Viele davon wissen nicht, welche Schäden mit ihrem Geld verursacht werden. Europäische Banken, Versicherungen und Pensionsfonds hielten im Jahr 2014 rund eine Billion Euro in Aktien, Anleihen und anderen Vermögenswerten von Rohstoffkonzernen und deren fossilen Projekten. **Daher muss zunächst volle Transparenz über die Klimawirkung von Investitionen hergestellt werden, damit Anlegerinnen und Anleger wissen, wohin ihr Geld fließt und wie viel klimaschädliche Gase Unternehmen emittieren.** Das erhöht den Druck auf Banken und Versicherungen, ihr Angebot entsprechend umwelt- und klimafreundlich auszugestalten.

Bei der Umsetzung der EU-Richtlinie über Unternehmensverantwortung (Corporate Social Responsibility, CSR) hat Frankreich schon gezeigt, wie es gehen kann. Große Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitenden und alle börsennotierten Unternehmen, Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen sollen hier in den Bereichen Umwelt-, Sozial- und Arbeitnehmerbelangen sowie Menschenrechte und Korruptionsbekämpfung umfassend berichten.

Wird die Umsetzung der Richtlinie in Deutschland richtig angegangen, kann dies ein erster wichtiger Schritt zu einem Einstieg in ein umfassendes und verbindliches Berichtssystem sein, das nicht nur die ökonomische Dimension beleuchtet, sondern auch die ökologische und soziale Dimension in den Blick nimmt.

Wir wollen die CSR-Richtlinie im Sinne des Divestments umsetzen. Dabei sollen alle erfassten Unternehmen in ihrem Jahresbericht folgende Punkte offenlegen:

- a) **Finanzielle Klima-Risiken für das Unternehmen oder für Unternehmen, an welchen Anteile gehalten werden,**
- b) **unternommene und geplante Maßnahmen zur Minimierung dieser Risiken im Rahmen einer umfänglichen Dekarbonisierungsstrategie und**
- c) **Auswirkungen der Geschäftspraktiken, einschließlich der Effekte der produzierten Güter und Produkte, auf den Klimawandel und das 2-Grad-Limit. Dabei sollen neben den direkten auch explizit alle indirekten Emissionen berücksichtigt werden, wie sie im dreistufigen Scope-System festgelegt sind.** Dabei erfasst Scope 1 als erste Stufe nur die direkt im Unternehmen anfallenden Emissionen, wogegen Scope 2 auch die indirekten Emissionen aus der Energieerzeugung mit

einbezieht. In der Kategorie Scope 3 werden alle weiteren indirekten Emissionen mitberücksichtigt, wie zum Beispiel die aus eingekauften Vorleistungen, sofern der Lieferant auch der CSR-Richtlinie unterliegt, oder auch die Anfahrt der Mitarbeiter*innen.

Die Informationen sollen auch Aufschluss über die Entwicklung der Emissionen in der Zukunft geben, indem beispielsweise Forschungs- und Entwicklungsausgaben für klimafreundliche Technologien ausgewiesen werden. So können Kapitalanleger*innen die Zukunftsfähigkeit eines Unternehmens besser einschätzen.

Zudem fordern wir, dass Banken und Versicherungen, die durch einen regelmäßigen Klima-Stress-Test attestierten Risiken offenlegen. Der Europäische Ausschuss für Systemrisiken befürwortete kürzlich die Einführung solcher Tests. Ein Klima-Stress-Test umfasst alle Risiken in Zusammenhang mit dem Klimawandel (physische Risiken, Transformationsrisiken, Haftungs- und Klagerisiken) und ist auf alle Kategorien des üblichen Stress-Tests (Kreditrisiken, Marktrisiken, Liquiditätsrisiken usw.) anzuwenden.

BESONDERE VERANTWORTUNG DER ÖFFENTLICHEN BANKEN UND VERSICHERUNGEN

Auffällig ist, dass gerade die öffentlichen Banken und Versicherer in Deutschland sich bisher in Bezug auf ökologische Transparenz ihrer Anlagepolitik nicht hervorgetan haben. Dabei wären gerade sie gefordert, auf das Gemeinwohl, also auf die gesellschaftliche Wirkung ihres unternehmerischen Handelns, zu achten.

Die KfW, Landesbanken, die DeKa-Bank und öffentliche Versicherer sind jetzt gefordert, Transparenz herzustellen sowie konkrete Divestment-Strategien zu erarbeiten und umzusetzen. Niemand erwartet, dass von einem Tag auf den anderen ein vollständiger Ausstieg aus fossilen Investitionen geschieht. Die Träger der öffentlichen Finanzunternehmen sind aber in der Pflicht, dem Gemeinwohlaufrag gerecht zu werden und das seit dem G7-Gipfel in Elmau weltweit akzeptierte Ziel, die Wirtschaft zu dekarbonisieren, nicht als letzte wahrzunehmen.

Dazu gehört, dass die KfW und ihre Töchter die Finanzierung von internationalen Kohleprojekten vollständig beenden!

Es ergibt keinen Sinn, wenn einerseits die Energiewende propagiert wird und andererseits öffentliche Banken und Versicherungen weiterhin Geld in die alten Technologien investieren und folglich Wertverluste erleiden werden, wenn die Energiewende gelingt. Der öffentliche Finanzsektor in Deutschland muss sich deshalb endlich dem Thema Divestment widmen – aus finanziellen wie auch aus Glaubwürdigkeitsgründen.

Wir wollen eine öffentliche Informationskampagne des Bundes, um insbesondere auch Kleinanleger*innen vor den Risiken fossiler Investments zu warnen und vor Verlusten zu schützen.

DEUTSCHLAND DROHT DIE ENTWICKLUNG ZU VERSCHLAFEN

Es gibt bereits viele Städte, Universitäten oder Stiftungen, die mit aktivem Divestment angefangen haben. Sogar die Stiftung der Rockefeller-Familie, welche ihren Reichtum mit der Förderung von Öl in den USA verdiente, wird ihr Vermögen aus der Förderung fossiler Energieträger abziehen. Ähnlich ist es beim rund 800 Milliarden Euro großen norwegischen Staatsfonds.

Die französische Nationalversammlung hat Mitte 2015 im Rahmen eines umfangreichen Energiewende-Gesetzes auch den Einstieg ins Divestment beschlossen. Diese Divestment-Entwicklung ist bislang jedoch weder bei der Bundesregierung noch in allen Bundesländern angekommen. Damit läuft Deutschland Gefahr, international den Anschluss zu verlieren.

Die Staaten der Welt haben in Paris vereinbart, dass die CO₂-Emissionen deutlich sinken müssen. Damit ist absehbar, dass im fossilen Sektor die Dividenden ausbleiben, Aktienkurse sinken und Milliardenverluste drohen, die schnell auch auf die Allgemeinheit durchschlagen können.

Auf Bundesebene müssen wir besonders die beiden großen öffentlichen Rücklagenportfolios „divesten“ – den Fonds für Beamtenpensionen und die Rücklagen der Bundesanstalt für Arbeit. Das bedeutet für uns, dass Aktien im Wert von rund 100 Millionen Euro (Stand 2015), die bei fossilen Unternehmen wie E.ON liegen, verkauft und die Finanzmittel stattdessen in klimafreundliche Alternativen investiert werden. Dafür braucht es neue Anlagerichtlinien, die neben Stabilität und Rendite auch Nachhaltigkeit als gleichberechtigtes Kriterium enthalten. Zudem fordern wir für die staatlich geförderte Altersvorsorge die Festlegung von verbindlichen Mindestkriterien. Denn der Staat darf nicht Investitionen fördern, die seine eigenen klimapolitischen Ziele konterkarieren.

Auch in den Ländern braucht es eine Überarbeitung der Anlagerichtlinien, um die Anlage von Geldern in die Versorgungsfonds an ethischen und ökologischen Kriterien auszurichten und sich von fragwürdigen Aktienfonds zu trennen. Hier gehen Grüne bereits in einigen Städten, Gemeinden und Bundesländern voran.

Dass viele Kommunen in Nordrhein-Westfalen schon jetzt Millionenverluste mit ihren Anteilen an RWE erlitten haben, zeigt, wie wichtig eine kluge, auf die Zukunft ausgerichtete Anlagepolitik auch auf kommunaler Ebene ist. **Die Kommunen wollen wir deshalb durch entsprechende Programme des Bundes unter Einbeziehung der zivilgesellschaftlichen Akteure beim Divestment unterstützen.**